





# De Mouvement Ecologique: eng lieweg Organisatioun Kongress 19. März 2005 zu San



Besonders gut besucht war die diesjährige Generalversammlung des Mouvement Ecologique.

Im folgenden ein kurzer Bericht und ein Stimmungsbild der Generalversammlung 2005.

Vor einem fast vollen Saal begrüßte als erster Redner Marco Breyer aus der Regionale "Syrdall" die Teilnehmer und legte die wesentlichen Themen dar, die derzeit in der Regionale von Bedeutung sind. Natürlich wurde die Problematik der derzeitigen illegalen Situation des Flughafens dargelegt und das Engagement vom Mouvement Ecologique und seiner Regionalen gemeinsam mit den Interessenvereinen, um hier für eine Verbesserung der Situation einzutreten.

Es war dann **Blanche Weber**, Präsidentin, die in ihrer politischen Rede (einschließlich der homepage [www.oeko.zenter.lu](http://www.oeko.zenter.lu)) vor allem auf die Diskussions- und Streitkultur sowie auf einige besonders relevante Dossiers einging.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde wie vorgesehen, der Tätigkeitsbericht des Mouvement Ecologique, des Klimabündnis Lëtzebuerg sowie des "Oeko-Zenter Lëtzebuerg" und der Stiftung Öko-Fonds vorgestellt. Daraufhin erfolgte ein Austausch über die Aktivitäten vor allem des Mouvement Ecologique. U.a. die Naturschutzpolitik war hier Gegenstand der Debatte. Des Weiteren wurde der Verwaltungsrat aufgefordert sich darüber Gedanken zu machen, ob man sich nicht auch mit der Situation der Luftbelastung auseinandersetzen müsse.

Emile Espen, Tresorier, oblag es die Konten 2004 darzulegen, zu denen ein positives Gutachten der Kassenrevisoren André Gilbertz und Patrick Loewen vorlag. Ebenfalls vorgeschlagen wurde ein Budgetentwurf 2005. Konten 2004 und Budgetentwurf 2005 wurden von der Generalversammlung "par acclamation" gutgeheißen.

Beide Kassenrevisoren stellten erneut ihre Kandidatur, eine neue Kandidatur lag nicht vor. Daraufhin wurden die beiden Kassenrevisoren von der Generalversammlung "par acclamation" in ihrem Amt bestätigt.

Die Generalversammlung erteilte anschließend dem Verwaltungsrat die Entlastung "par acclamation".



Mittlerweile ist es zur Tradition geworden, dass die TeilnehmerInnen an der Generalversammlung mittels "Stimmzettel - Kartenabfrage" ihre Meinung zu einem Thema mitteilen. Hier zur Frage, was für sie die wichtigsten Themen in der Gemeinde sind



## Wahl des neuen Verwaltungsrates

Als nächster Punkt wurde der Verwaltungsrat 2005 gewählt. Blanche Weber dankte Georges Theisen, der im Laufe des Jahres sein Mandat niedergelegt hatte und seine Kandidatur nicht mehr stellte.

Nicht austretend aus dem Verwaltungsrat waren: Alain Adams, Raymond Becker, Theid Faber, Tom Gallé, Franz Hengen, Paul Ruppert, Daniel Schmidt, Marc Schoellen, Laure Simon, Blanche Weber. Austretend und ihre Kandidatur erneut stellend waren: Emile Espen, Marc Feidt, Gerard Kieffer, Roland Felten, Jeannot Muller, Roger Schauls. Eine neue Kandidatur von Paul Polfer lag vor, eine weitere Kandidatur aus dem Saal erfolgte nicht.

Da 17 Kandidaturen vorlagen und 17 Personen im Verwaltungsrat zulässig sind, keine Gegenstimme auf der Generalversammlung zu dieser Besetzung vorlag, fand eine Wahl "par acclamation" statt. Der Verwaltungsrat wurde einstimmig gewählt.

## Vorstellung / Diskussion eines Motionsentwurfes des Verwaltungsrates zum EU-Verfassungsvertrag

Nach Zustimmung der Generalversammlung wurde ein Motionsentwurf zur EU-Verfassung diskutiert. B. Weber stellte den Entwurf als Präsidentin der Generalversammlung vor. Daraufhin fand eine rege Diskussion von einer Stunde statt, in der einige Abänderungen am Entwurf vorgenommen wurden. Die definitive Resolution ist auf Seite 3 dieses Kéisécker-Infos veröffentlicht. Des Weiteren wurde folgendes festgehalten:

- Die absolute Mehrzahl der Personen, die das Wort ergriffen, sprachen sich für den Inhalt der Motion aus und traten dafür ein, dass der Mouvement Ecologique zum Zeitpunkt des Kongresses keine Aussage im Sinne von "Ja" oder "Nein" zur Verfassung machen sollte.

- Die absolute Mehrheit sprach sich dafür aus, dass der Mecu vor allem für eine breite offene öffentliche Diskussion eintreten müsse.

Hauptpunkt der Diskussion war alsdann, ob der Referendum ein klares Bekenntnis für oder gegen die Verfassung abgeben müsse. Dieser Punkt wurde kontradiktorisch diskutiert. Gemäss Tagesordnung wurde entschieden, in dem zweiten Teil der Generalversammlung über den vorliegenden Motionsentwurf abzustimmen - mit den diskutierten Abänderungen - und dann zu entscheiden, inwiefern der Mouvement Ecologique eine konkrete Wahlempfehlung geben solle.

## Diskussion mit Innenminister Jean-Marie Halsdorf

Am zweiten Teil der Generalversammlung nahm Innenminister J.-M. Halsdorf teil. Im Rahmen von 3 Themenfeldern wurden dem Innenminister konkrete Forderungen des Mouvement

Ecologique dargelegt, die der Minister kommentierte: zum Thema "IVL" / Planung - Forderungen im Bereich regionale Zusammenarbeit - "Aufgabengebiete" der Gemeinden.

An dieser Stelle ist es leider nicht möglich, im Detail auf alle Antworten des Innenministers einzugehen.

Gegen 18.30 wurde die Diskussionsrunde geschlossen und das Votum zur EU-Motion fand statt. Der Motionsentwurf des Verwaltungsrates wurde fast einstimmig angenommen. Eine sehr große Mehrheit (eine genaue Auszählung fand nicht statt, da aufgrund des "Handaufhebens" bereits die Majoritätsverhältnisse mehr als deutlich wurden) trat dafür ein, dass der Mouvement Ecologique eine offensive Rolle übernehmen müsse, um eine breite Diskussion zum Verfassungsvertragsentwurf zu leisten, jedoch keine Wahlempfehlung aussprechen solle. Gegen 18.40 schloss der Kongress bei einem "Patt", offriert von der Gemeinde Sandweiler.



Trotz sehr schönem Wetter: ein sehr gut besuchter Kongress



# , déi esou muenches erreecht dweiler

## Resolution 2005 des Kongresses zum Referendum über den EU-Verfassungs-Vertrag

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique asbl anerkennt die Notwendigkeit einer weiteren Vertiefung der Europäischen Union als Grundlage für ein Zusammenleben in Europa und in der Welt in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz. Über die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion hinaus, gilt es ein Europa der BürgerInnen zu schaffen, welches in erster Linie den sozialen Ansprüchen sowie der Idee der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet ist.

Die Generalversammlung 2005 des Mouvement Ecologique asbl bedauert mit Nachdruck, dass seitens der Regierung bis dato zu wenig unternommen wurde, um eine wirklich objektive Information der Bevölkerung zu gewährleisten.

Des Weiteren stellt der Mouvement Ecologique aufgrund einer Analyse des vorliegenden Verfassungsentwurfs im Grundsatz fest, dass Volumen, Aufbau und Strukturierung des EU-Verfassungsentwurfes derart umfangreich und unüberschaubar sind, dass er für den einzelnen Bürger schwer nachvollziehbar ist.

Die Analyse des Verfassungsentwurfes ergibt nach Ansicht der Generalversammlung des Mouvement Ecologique, u.a. dass

der Verfassungsentwurf eine Reihe positiver Elemente enthält, wie z.B., dass

- der Umweltschutz und die nachhaltige Entwicklung auf Verfassungsrang erhoben und als Ziele der Union festgelegt werden (*"Die Union wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Masse wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Mass an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin."* Artikel I-3/3)
- die nachhaltige Entwicklung als Kriterium in den Beziehungen zu Nicht-Eu-Ländern definiert wird (*"In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung von Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung von Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen"* Artikel I-3 /4)
- der Stellenwert der Menschenrechte hoch geachtet wird (*"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Wahrung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleich-*

*heit, Rechtsstaatlichkeit, und die Wahrung der Menschenrechte einschliesslich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet "* Artikel I-2)

- das Subsidiaritätsprinzip festgehalten wird (*"Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Massnahmen von den Mitgliedsstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind. (...) Die nationalen Parlamente achten auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips"*, Artikel I-11.)

- Ansätze im Sinne einer partizipativen Demokratie, eines verbesserten Zugangs zu Informationen u.a.m. gewährleistet sind, die Rolle des Europäischen Parlamentes aufgewertet wird;

gleichzeitig aber neben diesen und anderen positiven Aspekten der Verfassungsentwurf vor allem in Teil 3 und den Protokollen im Anhang wesentliche Bestimmungen enthält, die aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung als äußerst problematisch zu werten sind, wie z.B. dass

- die EU als oberstes Ziel den freien Handelsverkehr zwischen Mitgliedsstaaten und Drittländern fördert, und keine Beschränkungen u.a. aufgrund von Umweltmaßnahmen zulässt (*"Soweit in der Verfassung nicht etwas bestimmt ist, sind Beihilfen der Mitgliedsstaaten oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedsstaaten beeinträchtigen"* Artikel III - 167 )

- starke Tendenzen im Sinne eines unbeschränkten Liberalismus erkennbar sind und diese Vorgaben dazu führen können soziale und ökologische Belange und Absichtserklärungen riskieren in den Hintergrund zu stellen (*"Die Mitgliedsstaaten bemühen sich, über das Ausmaß der Liberalisierung der Dienstleistungen, zu dem sie aufgrund des Artikel III-147 Absatz 1 erlassenen Europäischen Rahmengesetzes verpflichtet sind, hinauszugehen, falls ihre wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweiges dies zulassen"* Artikel III-148)



- eine EU-weite Einführung einer nachhaltigen Steuerreform höchst schwierig, wenn nicht fast unmöglich wird, da hier - als einem der wenigen Bereiche - nach wie vor ein Vorschlag aufgrund des Widerstandes eines einzelnen Mitgliedsstaates scheitern kann ("Vetorecht" statt "Mitgliedsentscheidung")

- generell eine Tendenz besteht vor allem in Teil III überaltete Zielvorstellungen zu übernehmen (wie z.B. "Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft vor Qualität")

- Verträge beibehalten werden, die im Widerspruch zur nachhaltigen Entwicklung stehen, wie z.B. der Euratom-Vertrag, der nach wie vor die Förderung der Atomkraft als Zielsetzung hat.

Entsprechend können eine Reihe von Argumenten sowohl für als auch gegen den Verfassungsentwurf angeführt werden.

Entsprechend muss jeder einzelne Bürger / jede einzelne Bürgerin entscheiden, welche Gewichtung er den Pro und Contra Argumenten geben wird.

Angesichts dieses Dilemmas, das sich wohl für so manchen Bürger stellen wird, fordert der Mouvement Ecologique eine umfassende objektive und kontradiktorische Informationskampagne seitens der Regierung.

Der Mouvement Ecologique sieht seine Rolle darin, eine offene und lebendige Debatte mitzuintitulieren. Der Mouvement Ecologique wird sich als Nicht-Regierungsorganisationen, welche aufgrund ihrer statutarischen Zielsetzungen im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung aktiv ist, seinen Beitrag zu einer solchen Diskussion leisten.

Außerdem richtet der Mouvement Ecologique einen Appell an die einzelnen Ministerien sowie an die Luxemburger Regierung, endlich Maßnahmen zu ergreifen, damit EU-Themen auf nationaler Ebene offensiver angegangen werden als bisher und sowohl die Luxemburger Abgeordnetenkammer, die Zivilgesellschaft und die breite Öffentlichkeit im Vorfeld wesentlicher Entscheidungen einbezogen werden.

## Meinungsforum

### zum Referendum zum EU-Verfassungsvertrag: Beteiligen Sie sich!

Bei der diesjährigen Generalversammlung des Mouvement Ecologique wurde entsprechend festgehalten, dass der Mouvement Ecologique keine Stellung "Pro" oder "Kontra" EU-Verfassung einnehmen soll.

Vielmehr sieht sich der Mouvement Ecologique verpflichtet, einen Beitrag zu einer breiten kontradiktorischen Diskussion zu leisten.

Deshalb sollen auf der homepage des Mouvement Ecologique:

- interessante von uns ausgewählte Artikel publiziert werden
- sowie Statements von interessierten Personen und Mitgliedern.

Falls Sie Interesse haben, Ihre Meinung einzubringen, dann mailen Sie uns diese an [meco@oekozenler.lu](mailto:meco@oekozenler.lu) wir werden Sie auf unsere homepage setzen: [www.oekozenler.lu](http://www.oekozenler.lu)



# Sensibiliséierung ass gutt - ma gefuerdert ass

Seit langem hat der Mouvement Ecologique nicht mehr ausführlich zur Thematik der Wasserschutzpolitik Stellung bezogen. Aus mehreren Gründen schien der Zeitpunkt aber nun für eine sehr grundsätzliche Analyse mit konkreten Vorschlägen gekommen. Nicht zuletzt der Zwischenfall bei der SEBES, eine neue EU-Direktive die in Luxemburger Recht umgesetzt werden muss u.a. sorgten dafür, dass der Zeitpunkt für eine Stellungnahme reif war. Aufgrund der Bedeutung wird diese ausnahmsweise fast integral veröffentlicht..

*Der Mouvement Ecologique möchte mit seiner Stellungnahme deshalb vor allem auf die derzeitigen politischen und strategischen Grundfragen aufmerksam machen, die sich in der Luxemburger Wasserwirtschaftspolitik stellen.*

## 1. Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie transparent gestalten und zügig vorantreiben

Wie so oft im Umweltbereich kommt hierzulande erst Bewegung in die Sache, wenn Druck von außen auf die Nationalpolitik einwirkt, meist in Form einer EU-Richtlinie. So scheint dies auch auf der Ebene der Wasserschutzpolitik der Fall zu sein, wo die sogenannte "Wasserrahmenrichtlinie" (WRRL) vorliegt.

Diese ist besonders bedeutungsvoll, weil sie sich als anspruchsvolles Ziel setzt, bis 2015 mit einem gestaffelten Aktionsplan den guten Zustand aller Gewässer (d.h. Grund- und Oberflächenwasser!) aufgrund wissenschaftlich nachvollziehbarer Kriterien zu erreichen.

Eine wesentliche Vorgabe der WRRL ist, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, eine breite öffentliche Diskussion über den Umgang mit den Wasserressourcen in den Einzugsgebieten in die Wege zu leiten. Aufgrund dieser (auch öffentlichen) Debatte sollen dann regelrechte Bewirtschaftungspläne für Flussgebiete erstellt werden.

Die Umsetzung der WRRL hat weitreichende wirtschaftliche und strukturelle Konsequenzen: Der Investitionsbedarf für Wasserinfrastrukturen, um den Wasserqualitätsnormen der EU gerecht zu werden, wird vom Innenministerium auf 900 Millionen Euro für Luxemburg geschätzt. Dies bei derzeit 20-30 Mio Euro jährlichen staatlichen Ausgaben (Spannweite der Ausgaben - "fonds pour la gestion de l'eau" der letzten Jahre). Auch die landwirtschaftliche Praxis und die Raumnutzung in Flussältern werden mit den Erfordernissen der WRRL abzustimmen sein.

Die Wasser-Rahmenrichtlinie räumt aufgrund ihrer strikten vorgegebenen Agenda mit dem vielfach improvisierten politischen Flickenteppich gründlich auf, der mit den Jahren im diffusen Einflussbereich der zuständigen Ministerien, Ämter, der Vielfalt an Gemeindefunktionen und der Ingenieurbüros entstanden ist. Nach Jahrzehnten einer Art "Durchwursten" stellt sich die Frage nach der Strategie, nach den politischen Orientierungen in der Wasserwirtschaft.

Obwohl diese EU-Richtlinie nicht aus heiterem Himmel auf die politisch Verantwortlichen hereingestürzt ist - ja Verantwortliche des Wasserwirtschaftsamtes haben gar angegeben, sie hätten jahrelang keine Initiativen ergriffen "in Erwartung der Direktive" - ist Luxemburg bereits von der EU-Kommission verwarnt worden wegen fehlender Umsetzung in nationales Recht! Nach Aussen sind derzeit die wesentlichen luxemburger Eckwerte bei der Umsetzung der Direktive nicht bekannt!

Der Mouvement Ecologique tritt dafür ein, dass

- im Hinblick auf die Umsetzung der Wasser-rahmenrichtlinie eine kohärente Strategie der Wasserwirtschaft im Zusammenspiel aller Akteure entwickelt wird. Hierzu sollte eine fachlich / strategische Begleitgruppe eingesetzt werden, der alle wichtigen Akteure auf der Ebene der Wasserwirtschaft, der Gemeinden sowie der Umweltorganisationen angehören sollen;
- im Vorfeld der Umsetzung kurzfristig eine öffentliche und kontradiktorische Diskussion der wesentlichen Schlüsselfragen seitens des Innenministeriums gewährleistet wird. Eine solche Vorgehensweise kann sich nicht auf eine diffuse Informationskampagne begrenzen, sondern muss tatsächlich die Grundorientierungen der Luxemburger Wasserwirtschaft zur Debatte stellen;
- die Wasserrahmenrichtlinie zügig in Luxemburger Recht umgesetzt wird;
- die bei der Erstellung der Richtlinie eingesetzte Begleitgruppe beauftragt wird, die Umsetzung der WRRL zu begleiten, zu evaluieren und ggf. Zustandsberichte mit konkreten Vorschlägen zu erstellen.

## 2. Trinkwasserversorgung: Nein zu einer weiteren Zentralisierung - Ja zu einem gesunden Mix aus zentraler Oberflächen- und dezentraler Grundwasser-Versorgung!

Die derzeitige Situation auf der Ebene der Trinkwasserversorgung ist in einem gewissen Sinne als sehr "ambivalent" zu bezeichnen:

- Mit dem 93er-Wasserschutzgesetz wurde den Gemeinden die Kompetenz entzogen, Trinkwasserschutzgebiete um Quellen auszuweisen. Die se Kompetenz liegt nun beim Wasserwirtschaftsamte (früher Umweltverwaltung). Dies mit dem Argument, eine staatliche Intervention würde eine Dynamik im Dossier entstehen lassen, die Gemeinden wären überfordert.
- Das Gesetz von 1993 sieht zudem vor, dass ein nationaler Wasserwirtschaftsplan erstellt werden soll (Artikel 6), der die Ausweisung von Trinkwasserschutzzonen regeln soll. Nach 12 Jahren (sic!) liegt dieser aber immer noch nicht vor! Auch das grossherzogliche Reglement, was erforderlich ist, um Massnahmen innerhalb der Trinkwasserschutz-Gebiete zu regeln, wurde immer noch nicht verabschiedet! Demnach: eine totale Stagnation in der Trinkwasserschutzpolitik.
- Diese gänzliche Vernachlässigung der Grundwasser-nutzung durch die nationale Politik zeigt sich auch an den jahrzehntelang nicht existierenden Standards für die bauliche

und sanitäre Instandhaltung von Quellenfassungen. Vor dem Hintergrund dieses politischen und fachlichen Vakuums wurden die Gemeinden regelrecht zur SEBES getrieben, welche mit Unterstützung des Ministeriums bei den Gemeinden hausieren ging und sich als professionelle und zeitgemässe Wasserversorgung präsentieren konnte. Nichtsdestotrotz wird die Wasserversorgung immer noch zu 2/3 über Grundwasser gedeckt. Die SEBES wird nicht in der Lage sein, die gesamte Versorgung des Landes zu übernehmen, dies widerspräche auch jeglicher Konzeption von nachhaltiger Trinkwasserversorgung. Grundwasser als natürliche Ressource muss ausreichend geschützt werden. Seine Nutzung als Trinkwasser ist mehr als nur eine psychologische Bekennung zu einem nachhaltigen Umgang mit Wasser, sondern auch eine Garantie für die Vermeidung seiner Belastung.

- Während die Gemeinden demnach recht wenig unternehmen können, um Quellen zu schützen, sind sie aber - als Endversorger - rechtlich verantwortlich für die Qualität des Trinkwassers. Dabei wurden die Gemeinden aber z.B. beim SEBES-Zwischenfall völlig unvorbereitet im Regen stehen gelassen!
- Neben dem Fehlen einer politischen Strategie sind zur Zeit leider auch die fachlichen Voraussetzungen auf der Ebene des Trinkwasserschutzes mehr denn unzufriedenstellend. So ist ein weiteres gravierendes Manko erkennbar, das wohl auch z.T. mit Auslöser für die derzeitige Stagnation ist: Das Bild des Grundwasserschutzes als Stiefkind der Wasserpolitik wird derzeit gekennzeichnet durch die Einstellung des Wasserwirtschaftsamtes, das Quellwasser sollte zur Versorgung der Bäche und Flüsse ungenutzt laufen gelassen werden. Eine solche pauschale Aussage kann bei den derzeitigen Informationsdefiziten über Grundwasservorkommen und -neubildungsraten überhaupt nicht getroffen werden und braucht für jeden einzelnen Fall eine eingehende Impactstudie.
- Darüberhinaus fehlt es derzeit an einer transparenten und allgemeingültigen Systematik zur Ausweisung der Trinkwasserschutzgebiete.

Das Resultat dieser Entwicklung ist mehr als bedauerlich:

- Seit mehr als 12 Jahren wurde - neben der Schutzzone des Stausees von Esch-Sauer - keine einzige Trinkwasser-Schutzzone ausgewiesen!! Nicht nur, dass der Staat nicht aktiv wurde: nein, zusätzlich waren den Gemeinden auch die Hände gebunden, da sie über keine diesbezüglichen Rechte mehr verfügten.
- In den letzten 4 Jahren wurden sogar 27 Standorte für Quellennutzung wegen baulicher und sanitärer Mängel von der Grundwasserabteilung des Wasserwirtschaftsamtes geschlossen. Die Gemeinden waren nicht bereit bzw. wurden nicht motiviert, zu investieren, um sich an die fachlichen Standards anzupassen und haben es vorgezogen an das subventionierte SEBES-Netz angeschlossen zu werden.
- Des Weiteren haben in der Zwischenzeit die Nitratwerte im Grundwasser des Luxemburger Sandsteins vielerorts den Richtwert von

25 mg/l für Nitrat bereits überschritten und Pestizide wie Atrazin werden ebenfalls regelmäßig im Prozentbereich des Grenzwerts detektiert.

Nun soll im Rahmen der Umsetzung der Wasser-Rahmenrichtlinie für Remedur gesorgt werden. Da allerdings die Bewirtschaftungspläne für Flussgebiete erst für 2009 vorliegen müssen, könnte eine Ausweisung von Schutzzonen bis zu diesem Zeitpunkt weiter verschleppt werden: also 16 Jahre nach dem in Kraft treten des nationalen Gesetzes! Eine nicht hinnehmbare zeitliche Verzögerung.

Der Mouvement Ecologique drängt darauf, dass:

- die Regierung sich im Rahmen einer bewussten Strategie zu einem wohlüberlegten Mix zwischen der zentralen Versorgung durch das Oberflächenwasser von Esch-Sauer und einer dezentralen Versorgung durch gemeindeeigene Quellen bekennet;
- der nationale Plan zur Wasserwirtschaft, die Ausweisung von Trinkwasser-Schutzzonen und das grossherzogliche Reglement zur Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten kurzfristig umgesetzt werden;
- ein Dialog u.a. mit den landwirtschaftlichen Kreisen in die Wege geleitet wird, um die Voraussetzungen für die Umsetzung der Schutzmassnahmen zu gewährleisten.
- eine Erfassung der Grundwasserreserven und -neubildungsraten auf einer wissenschaftlichen Basis um die Beanspruchung der Ressourcen realistisch einschätzen zu können.

## 3. Strategien in der Abwasserentsorgung: Prioritätensetzung gewährleisten und Folgen der Preiswahrheit 2010 bedenken!

Ähnlich wie bei der Trinkwasserversorgung sucht man auch auf der Ebene der Abwasserwirtschaft nach klaren Leitlinien. Dies auf mehreren Ebenen:

- Untransparente Prioritätensetzung

Ähnlich wie bei den politischen und rechtlichen Orientierungen sucht man bei den Finanzierungsformen und der wirtschaftlichen Organisation der Wasserdienstleistungen vergeblich nach einer kohärenten Philosophie. Das derzeitige Spektrum reicht von Null-Subventionierung für die Nutzung von gemeindeigenen Trinkwasserquellen bis zur





# sch zum Wasser: elo eng politesch Strategi an der Wasserwirtschaft

90% staatlichen Subventionierung der Abwassersysteme.

Die starke staatliche Beihilfe für Abwasserinfrastrukturen hat zu einem großen Investitionsstau geführt, da kein Betreiber seine Anlagen auf eigene Kosten bauen oder modernisieren will. Aufgrund des begrenzten Budgets und der schleppenden Bearbeitung seitens des Wasserwirtschaftsamtes dauert es Jahre bis auf Mängel in den Abwasserinfrastrukturen reagiert werden kann.

Ein besonders plastisches Beispiel stellt die Kläranlage Hesperange dar, die auch bei Trockenwetterabfluss 2/3 des Abwassers ungeklärt in die Alzette leitet. Nach einer Durststrecke von 15 Jahren in denen diese Unterkapazität bekannt war, wurde letztes Jahr endlich das Gesetz zur Modernisierung der Kläranlage durchs Parlament gebracht.

- Verschärfung der Situation durch Gebot der Preiswahrheit

Die Wasserrahmenrichtlinie verlangt ab 2010 kostendeckende Preise für Wasser und ein Ende der staatlichen Bezuschussung. Da besonders in Alzette-Tal mit seinen Kläranlagen aus den siebziger Jahren für die nächsten Jahre mit einem Investitionsbedarf zu rechnen ist, der die jährlichen Budgetposten für die Subventionen überschreitet, ist absehbar, dass bis 2010 nicht jeder an die Reihe kommen wird. Die glücklichen Betreiber, die bis dahin ihre Anlagen und Kanalsysteme modernisieren konnten, werden dies noch quasi kostenneutral abwickeln können. Alle andern werden die Kosten auf den Verbraucher abwälzen müssen. Dies wird zu Verzerrungen in den Preisgefügen führen. Das Wasserwirtschaftsamt prognostiziert eine Vervierfachung des Abwasserpreises, es wird aber aufgrund der "First come, first served"-Verteilung der Subventionen zu starken regionalen Disparitäten kommen. Eine Strategie, wie der Übergang zur Preiswahrheit gerecht und effizient zu gestalten ist, existiert derzeit beim Innenministerium nicht.

- Vernachlässigung moderner wasserwirtschaftlicher Konzepte zur Schliessung des Wasserkreislaufs

Die langjährige Subventionierung hat zu einer Präferenz für teure traditionelle End-of-Pipe Systeme mit langen Mischwasserkanalisationen und hydraulisch groß dimensionierten Kläranlagen geführt. Dies ist nicht immer die kosteneffizienteste Lösung, gerade im ländlichen Raum. Moderne wasserwirtschaftliche Konzepte, die, angefangen beim Wassersparen, über Regenwassernutzung, Abwassertrennung, lokaler Versickerung und Klärung bringen im Ausland gute Resultate, fanden bisher hierzulande kaum Anklang. Wenn die Kosten bis an die Ver-

braucher/Verursacher weitergeleitet werden, wird sich diese Tendenz wahrscheinlich ändern.

- Fehlende staatliche Anreize und Vorgaben zum Wassersparen

De facto wurden keine Anstrengungen staatlicherseits gemacht, damit Standards auf der Ebene des Wassersparens gewährleistet werden. Dies trifft für Privathaushalte und öffentliche Gebäude zu. Hier bestehen, neben der Behebung der Undichtheiten in den Versorgungsnetzen, grosse Einsparpotentiale, die den Druck auf die natürlichen Ressourcen mindern könnten. Vor allem aber auf betrieblicher Ebene sind flagrante Defizite zu erkennen. Zwei Beispiele:

\* Nach wie vor scheint es Betrieben erlaubt zu werden, wertvolles Grundwasser z.B. für industrielle Prozesse zu nutzen, so z.B. aus den sehr wertvollen überdeckten "Aquifere" im Süden des Landes (40 industrielle von insgesamt 60 Bohrungen). Nur als Beispiel:

- Die SIDOR benutzt z.B. 1000 m<sup>3</sup>/Tag an nicht regenerierbaren Grundwasser aus einer Tiefenbohrung als Kühlwasser.

- Der Firma "Kronospan" wurde noch vor Jahren eine Nutzung erlaubt, täglich 1000 m<sup>3</sup> Grundwasser für ihre Produktion zu nutzen! Dabei musste die Kronospan nicht einmal ansatzweise den Nachweis bringen, dass diese Entnahme keinen Einfluss auf den Grundwasserspiegel hat, ebenso war keine Begründung notwendig, warum gerade Grundwasser genutzt wurde; und nicht zuletzt wurden nicht einmal am Rande Maßnahmen zum Wassersparen erwähnt.

\* Darüber wurden den Betrieben im Rahmen der Betriebsgenehmigung, der Kommodo-Inkommodo-Genehmigung, kaum Auflagen im Sinne des Wassersparens gemacht werden.

- Unzureichende Emissionsbestimmungen

Dies gilt übrigens auch für die bisher sehr lax gehaltenen Emissionsbestimmungen für Industriebetriebe und die Nicht-Konformität der Kläranlagen für die eingeleiteten Abwässer. Emissionen sollen an der Quelle vermieden werden. Kläranlagen sind konzipiert um die organische und eutrophierende Belastung der Gewässer zu vermeiden, nicht um Schadstoffe zu eliminieren. Wenn Sie dies trotzdem tun, wie im Falle einiger Schwermetalle und hydrophober Xenobiotika, entsteht ein Problem bei der Entsorgung des Klärschlammes. Hier wird ebenfalls nach Inkrafttreten der EU-Direktive das Verursacherprinzip voll greifen und notfalls die Emittenten von Schadstoffen über Strafgebühren bei der Stange gehalten werden müssen.

In diesem Kontext ist die Zuordnung des Wasserwirtschaftsamtes zum Innenministerium weiterhin problematisch, da das federführende Umweltministerium bei den Kommodo-Inkommodo Dossiers nicht mehr über wasserwirtschaftlich kompetente Mitarbeiter verfügt.

Der Mouvement Ecologique fordert:

- Eine detaillierte Studie zum Investitionsbedarf in der Abwasserwirtschaft und dem Einfluss auf kostendeckende Preise.
- Das Aufstellen einer Prioritätenliste bis 2010, die ein Optimum an Wasserqualitätsverbesserung erbringt und eine gerechte Kostenverteilung erlaubt.

- Das Erstellen von Auflagen für Betriebe im Rahmen der Kommodo-Genehmigung

- Die Einführung von Förderprogrammen für bestehende Betriebe, die auf der Ebene des Wassersparens oder aber der Reduktion der Schadstofffrachten aktiv werden.

- Die Umsetzung nachhaltiger Wassernutzungskonzepte bei öffentlichen Bauten als Vorbilder und deren Förderung durch Unterstützungsprogramme im Privatbereich.

## 4. Kopflos zwischen EU-Vorgaben und Versorgungsspannen: Wer macht in Luxemburg eigentlich Wasserpolitik? - Für eine zeitgemäße und professionelle Organisation der Wasserwirtschaft im 21. Jahrhundert

Bei den genannten Problemen stellt sich die Frage, wer überhaupt derzeit die Verantwortung für die Wasserwirtschaftspolitik reell trägt und wie diese Organisation in Zukunft gestaltet werden sollte. Die heutige Situation zeichnet sich durch folgende Mängel aus:

- Problematische(s) Organisation und Selbstverständnis der SEBES

Der SEBES-Zwischenfall im Januar, bei dem eine mikrobielle Verunreinigung einer Stichprobe die Trinkwasserversorgung des Landes für mehrere Tage lahm gelegt hat, legte die Unübersichtlichkeit der Verantwortlichkeiten und die unzureichende Vorbereitung der Akteure offen: Sie zeigte, wie ein Wasserwirtschaftsamt nicht in der Lage war auf Anhieb eine korrekte Liste der an das SEBES angeschlossenen Netze bekannt zu geben. Eine Tatsache, die Bände spricht, wie sehr sich die Trinkwasserversorgung politisch verselbstständigt hat und wie man der SEBES vertrauensvoll das ordnungspolitische Feld ohne elementare Kontrollmechanismen überließ. Der Zwischenfall zeigte auch, wie wenig die SEBES, trotz ihrer bedeutenden Stellung in der Trinkwasserversorgung, bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und eine transparente Informationspolitik zu betreiben. Der Versuch, den Zwischenfall als Messfehler darzustellen, trotz Wartungsarbeiten am Wasserspeicher, ausgeschaltetem Ozonator, einer 30 Jahre alten Filtrieranlage, die seit einem Jahrzehnt nicht gewartet wurde sowie der Häufung nicht öffentlich bekannter Zwischenfälle in letzter Zeit, lassen Zweifel an der SEBES und ihren Verantwortlichen aufkommen.

Kommt hinzu, dass die SEBES sich scheinbar seit Jahren weigert eine offensive Rolle auf der Ebene des Wasserschutzes wahrzunehmen, und sich als alleinigen "Wasseraufbereiter" zu sehen scheint. Hierbei berufen sich die Verantwortlichen auf die derzeitigen Statuten die in Artikel 2 Punkt 2 besagen: "Il a pour objet l'établissement, l'entretien et l'exploitation de tous les ouvrages et canalisations destinés à la production et à la distribution d'eau potable provenant des eaux réitérées du barrage-réservoir d'Esch-sur-Sûre." Eine Neufassung der statutarischen Bestimmungen ist überfällig!

- Nicht angepasstes Rollenverständnis des Wasserwirtschaftsamtes

Doch auch das Wasserwirtschaftsamt ist gefordert: Ein integriertes Wasserwirtschaftsamt, das sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte des Wasserschutzes berücksichtigt, existiert de jure erst seit letztem Jahr, nachdem Jahrzehnte lang die Kompetenzen auf mehrere Ministerien verteilt waren. Dass unter diesen Umständen keine kohärente Wasserpolitik entstehen konnte ist einleuchtend.

Die Beziehungen zwischen den Betreibern und dem Wasserwirtschaftsamt werden sich entflechten müssen, nicht zuletzt auch, da mit dem Wegfall der Subventionen, die Betreiber die freie Wahl der Mittel haben werden um die Emissionsziele zu erreichen und das Wasserwirtschaftsamt sich stärker auf seine Kontrollfunktion konzentrieren muss. Wie diese Kontrolle aussehen wird, mit welchen Mitteln das Wasserwirtschaftsamt diese Aufgaben bewältigen kann steht noch völlig in den Sternen. Angesichts des Einstellungstops beim Staat scheint es keine Vision über die künftige Rolle des Wasserwirtschaftsamtes zu geben, inwieweit z.B. Aufgaben ausgelagert werden und die Selbstkontrolle der Betreiber gehen wird.

- Professionalisierung der Akteure zur Debatte stellen

Es wird darüber hinaus immer offensichtlicher, dass eine starke Professionalisierung der wasserwirtschaftlichen Akteure notwendig ist um die hohen Anforderungen im Wasserwirtschaftsbereich und vor allem der EU-Vorgaben erfüllen zu können. Dies wird in erster Linie über die Zusammenfassung der kleinen Syndikate und diversen Einzelkämpfer zu einer kritischen Masse erfolgen müssen, die es erlaubt gut geschultes Personal einzustellen. Überhaupt sind die Qualifikationsansprüche an wassertechnisches Personal hierzulande nicht geklärt. Berufe wie der des Klärmeisters gibt es in Luxemburg nicht und die fehlenden Standards haben oft zu fragranten Fehlbesetzungen im wasserwirtschaftlichen Bereich geführt. Hier gilt es neue Berufsbilder und ein konsequentes Weiterbildungsangebot zu entwickeln.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass auf der Ebene der Strukturen folgende Schritte notwendig sind:

- Die Aufgaben des Wasserwirtschaftsamtes müssen im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie überdacht werden; eine schwerpunktmäßige Aufstockung des Personals ist notwendig.
- Wassersyndikate müssen zusammengeleitet werden, um eine bessere Dienstleistung zu gewähren (Professionalisierung)
- Ausbildungsstandards in der Wasserwirtschaft (Klärmeister, Wassertechniker) müssen festgelegt und das Angebot von Aus- und Weiterbildungen erweitert werden
- Ein externes und öffentliches Audit der technischen Einrichtungen, der Prozessabläufe und der Kontrollmechanismen der Sebes drängt sich auf.
- Die Statuten der SEBES müssen abgeändert werden, um den vorsorgenden Wasserschutz bzw. das Wassersparen in das Aufgabengebiet der SEBES zu verankern.









# Belastetes Blattgemüse im Minette - Empfehlung des Umwelt- und des Gesundheitsministers an die Bevölkerung



Im folgenden sei aber auf einige Aussagen, welche zu diesem Thema in der Presse erschienen, reagiert.

So waren wir doch sehr verwundert, als der zuständige Beamte der Umweltverwaltung Folgendes behauptete. *"...eine direkte Quelle der erhöhten Schadstoffe habe noch nicht ausgemacht werden können"* und weiter *"man gehe nicht von einer Überschreitung der Emissionen aus den Kaminen der Elektrostaahlwerke aus"*.

Solche Fehlinformationen an die Bevölkerung sind schlichtweg unzulässig! Wo befindet sich z.B. in Schiffingen ein Unternehmen, das einen mit dem ARES-Elektrostahlwerk vergleichbaren Luftstrom hat (ca. 1 Million Kubikmeter pro Stunde!)?

Wie kann behauptet werden, dass die Grenzwerte am Kamin der Elektroöfen eingehalten werden, wenn lediglich höchstens zwei Messungen pro Jahr (!) durchgeführt werden. Der Zeitpunkt der Messungen ist dem Betreiber übrigens im Voraus bekannt. An mindestens 250 Tagen im Jahr, rund um die Uhr, sind die Elektroöfen in Betrieb, ohne Kontrollen!

Um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen wurden in einer Unterredung im Februar folgende Forderungen seitens der

Kürzlich erhielten die Anwohner die unmittelbar in der Nähe der drei Elektrostahlöfen der ARCELOR wohnen, ein Schreiben des Umwelt- und des Gesundheitsministeriums, in dem empfohlen wird, kein Blattgemüse mehr zu züchten resp. zu verzehren.

Man solle ebenfalls kein Blattgemüse an Tiere verfüttern.

Diese Information seitens der zuständigen Ministerien ist zu begrüßen, wurde sie doch seit längerem von der Minette-Regionale des Mouvement Ecologique sowie von der Bürgerinitiative "Stop Dioxin!" eingefordert.

In der Tat sind Dank der seit zehn Jahren durchgeführten Immissionsmessungen (= Messung der Schadstoffe in den Gärten) mittels Bio-indikatoren (z.B. Kohlgemüse), die chronisch belasteten Gebiete in Differdingen, Esch und Schiffingen längstens bekannt.

Minette-Regionale und der Bürgerinitiative an die Ministerien gestellt:

## An das Umweltministerium

1. Den von der EU-Kommission in der "Recommendation 2002/201/CE de la Commission du 4 mars 2002 " vorgeschlagenen Richtwert 2pg/g für Dioxin anwenden.
2. Die Gemüseanalysen wissenschaftlich korrekt an ungewaschenem Gemüse vornehmen.
3. Keine Lauchanalysen zwecks Beurteilung der Luftqualität vornehmen.
4. Die Analyseergebnisse spätestens 18 Arbeitstage nach der Messung resp. der Probenabgabe im Labor, den betroffenen Stellen übermitteln.
5. Mindestens 6 Emissionsmessungen am Kamin pro Jahr und pro Elektroofen vornehmen.
6. In den Elektrostahlwerken mindestens 1-mal pro Monat unangemeldete Kontrollen vornehmen (Kontrolle des Schrotts und des Ofenbetriebes).
7. Auch bei der Überschreitung der TOC-Grenzwerte (diese werden 1/2-stündig gemessen) außerhalb der offiziellen Emissionsmessungen, soll der Betreiber die Ursache benennen und die entsprechenden Maßnahmen vornehmen.

8. Einsetzen einer unabhängigen Experten-Kommission, welche den gesamten Prozess überprüft und Vorschläge zwecks Optimierung vorlegt.
9. Kurzfristige Aufstellung eines Luftreinhalteplans.

## An das Gesundheitsministerium

1. Pro Jahr eine Messkampagne zur regelmäßigen Kontrolle von Dioxin in Hühnereiern vornehmen (beschränkt auf die stark kontaminierten Gebieten).
2. Ein Kataster mit den am häufigsten vorkommenden Krankheiten (insbesondere Atemwege und Krebs) in den Gebieten der Elektrostahlwerke aufstellen.

Dass die zuständigen Ministerien die betroffenen Bürger gemäß dem Vorsorgeprinzip mittels Informationsschreiben warnen, ist sicherlich zu begrüßen.

Es gilt jedoch die eindeutigen Verursacher der erhöhten Blei- und Dioxinwerte, nämlich die Elektroöfen der ARCELOR, zur Verantwortung zu rufen, um die Lebensqualität in den betroffenen Gemeinden schnellstens wiederherzustellen.

Regional-Minette



## Natur a Kultur zu Meisch-treff

Die Regionalsektion Nordstad hatte zusammen mit der Umwelt- und Dorfentwicklungskommission Betten-

dorf einen Rundgang in Moestroff organisiert. Über 100 Personen folgten aufmerksam als der Historiker Marc Schoellen die Entstehungsgeschichte der Herrschaft Moestroff seit dem 14. Jahrhundert schilderte. Durch die Besonderheiten seiner geografischen Lage an einer Verengung des Saueraltals ergaben sich zum einen die engen räumlichen Verhältnisse für die Einwohner, die sich in kleinen Behausungen im Ortskern innerhalb einer nicht mehr zu erkennenden Stadtmauer drängten. Zum anderen ermöglichte diese Lage eine effiziente Nutzung der Wasserenergie durch die Mühle, die sich über Jahrhunderte im Besitz des Schlossherren befand. Die Pforte der für die kleine Ortschaft verhältnismäßig grosszügigen Schlossanlage, die normalerweise nicht öffentlich zugänglich ist, war für diesen besonderen Anlass von den Besitzern geöffnet worden, so dass die Teilnehmer sich im Hof ein Bild von der in recht gutem Zustand befindlichen Anlage machen konnten. Die Bewohnerschaft des Dachgeschosses war hier von besonderem Interesse. Jacques Pir, Biologe und Fledermaus-experte, erläuterte die Eigenarten dieser sehr seltenen Art, "grosses Fledermausohr", die hier im Sommer ihre Brut aufziehen und sich von den Insekten der Umgebung ernähren. Zur Nahrungsbeschaffung ziehen sie einerseits bis nach Diekirch und andererseits bis ins Müllertal. Andere Artgenossen leben in den Hohlstämmen der zahlreichen Obststreuweiden. Leider drohen diese Lebensräume zu verschwinden, da keine neuen Obstbäume mehr gepflanzt werden um die alten, die nach und nach absterben, zu ersetzen. Jedes Glas Apfelschnaps ist demnach eine direkte Unterstützung der Fledermause.

Während der Ort nach dem Krieg an Einwohner verlor, holte er die letzten zwei Jahrzehnte wieder auf. Doch dies um den Preis einer Vergrößerung der Besiedlungsfläche um das dreifache. Es stellt sich demnach die dringende Frage, wie der Ort sich weiterentwickeln soll.

## Langsamverkehr in Luxemburg

Mitte April organisierte der Mouvement Ecologique in Zusammenarbeit mit der "LVI" sowie der "Association des Victimes de la Routes" ein Seminar zum Thema: "Langsamverkehr: eine Herausforderung für die Gemeinden, neue Initiativen im Interesse von Fußgängern und Radfahrern."

Eingeladen waren Experten aus der Schweiz und aus Deutschland. Das einführende Referat von Daniel Grob hob vor allem die wichtige Erkenntnis hervor, dass der Fußgänger keine homogene Gruppe bildet und Maßnahmen für den Fußgänger deshalb nie einfach sein können.

Der Verkehrsplaner Franz Felder aus der Stadt Langenthal erläuterte das Konzept "Widerstandskataster", welches in seinem Ort vor einigen Jahren eingeführt wurde, dies mit Hilfe der lokalen Bevölkerung. Thomas Marner aus Troisdorf, einer Gemeinde zwischen Köln und Bonn, berichtete von den Erfahrungen, die seine Stadt mit fahrradfreundlicher Verkehrsplanung seit über 8 Jahren macht und konnte mit beeindruckenden Zahlen überzeugen. Welche Rechte hat der Fußgänger und Fahrradfahrer in Luxemburg, bzw. welche Möglichkeiten haben die Gemeindeverantwortlichen um den Langsamverkehr zu stärken? Dieses Thema behandelte der Vertreter des Transportministeriums und bot anschliessend an auch weiterhin Ansprechpartner für alle Interessierten zu sein. Dr. Raphael Huguenin befasste sich mit den Maßnahmen, die in der Schweiz geplant sind, um die Zahl der Verkehrstöpfe drastisch zu kürzen. Dazu gehört vor allem die Anerkennung der unveränderbaren menschlichen Schwächen und folgerichtig der Notwendigkeit der Verbesserung der Technik in Autos.

Abschließend konnten die Teilnehmer Fragen richten an Vertreter der Gemeinden Esch und Luxemburg sowie der Ministerien für öffentliche Bauten, Transport und Inneres. Im nächsten Keisecker wird ausführlich über die verschiedenen Beiträge berichtet.

## Aufruf zur Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe: flott a secher zu Fous ennerwee

Für alle, die sich schon mal darüber geärgert haben, dass dem Fußgänger das Leben nicht leicht gemacht wird, sowie für alle, die positive Beispiele kennen. Gemäss dem Prinzip, dass der Fußgänger keine homogene Gruppe bildet, ist es umso wichtiger, dass möglichst viele Leute mitmachen, damit wir zusammen auflisten können, was dem Langsamverkehr in Luxemburg förderlich ist. Laure Simon, tel: 804082 fax: 807494 lasibe@pt.lu

# Vorankündigung

## 13. internationale Klima-Bündnis-Jahreskonferenz in Luxemburg

am 24. und 25. Mai im Centre Culturel Neumünster



Zum ersten Mal wird diese internationale Jahreskonferenz in Luxemburg stattfinden. Im internationalen Klima-Bündnis sind zur Zeit 1.200 internationale Kommunen und Städte vertreten, davon 24 in Luxemburg. Zum Jahrestreffen werden international renommierte Referenten erwartet unter anderem Dr. Klaus Töpfer und Dr. Hermann Scheer. Ausserdem dient das Jahrestreffen einem Austausch unter den Mitgliedern, die bei allen kommunalen Projekten den Klimaschutz berücksichtigen.

Interessierte können sich melden und nach Absprache an Teilen der Konferenz teilnehmen. Laure Simon, tel: 804082 fax: 807494 lasibe@pt.lu.

Die Stadt Luxemburg und die luxemburgische Ratspräsidentschaft unterstützen die Veranstaltung.

## Faillite de la politique transfrontalière d'aménagement du territoire: IKEA n'est que la partie visible d'un iceberg...



En novembre 2004, les communes luxembourgeoises de Clemency et de Garnich, le Mouvement Ecologique asbl et la "Lokalinitiativ Kéinzeg" ainsi que des particuliers avaient déposé un recours auprès du Conseil d'Etat belge contre l'autorisation de construire un magasin IKEA à Sterpenich, à proximité immédiate de la frontière belgo-luxembourgeoise. Une première audience publique n'ayant eu lieu que le 10 mars 2005, une décision est attendue avant la fin du mois d'avril. Et en attendant le verdict du Conseil d'Etat à Bruxelles, le chantier Ikea avance malgré tout à pas de géant...

La décision de déposer un recours reposait sur la conviction que le projet comporte - en dehors d'une multitude de graves vices de forme dans la procédure publique - de part et d'autre de la frontière d'importants effets négatifs pour la population et qu'il est contraire à tous les objectifs d'un aménagement du territoire durable. D'après les plaignants, la construction d'IKEA détruirait complètement le caractère de

cette région à caractère rural, qui se distingue d'ailleurs par une grande biodiversité et un paysage très attrayant. Dans une conférence de presse, les communes et organisations avaient déclaré:

"IKEA - n'est que la partie visible de l'iceberg. Ce n'est un secret pour personne: IKEA ne servira qu'à ouvrir la porte. IKEA sera suivi d'autres projets, qui finiront par former une nouvelle zone commerciale et d'activités qui s'étendra sur d'innombrables hectares le long de la frontière belgo-luxembourgeoise. Une telle suburbanisation aurait un effet néfaste sur cette région rurale.

Ces appréhensions viennent d'être définitivement confirmées par un article paru dans le quotidien belge "Le Soir" sur les activités d'IDELUX, une structure intercommunale économique de la province du Luxembourg. IDELUX était en effet présente avec un stand au Marché International des professionnels de l'immobilier (Mipim) qui se tenait récemment à Cannes. Le

Soir rapporte que, nous citons : "Après...la zone du Cora et l'outlet mall à Messancy...un nouveau complexe commercial est appelé à voir le jour dans le Sud-Luxembourg! A Sterpenich précisément, pile en face du magasin IKEA en construction!"

Et "Le Soir" de poursuivre: "Une bonne dizaine de bâtiments commerciaux répartis sur 85.000 m<sup>2</sup>. Ils seront construits à droite de l'autoroute E411, dans le sens Namur-Luxembourg. Ikea se situe juste après le pont de Sterpenich, ce projet-ci sera implanté juste avant. Les bâtiments, façade principale tournée vers la voie rapide, devraient faire de l'œil aux automobilistes." Le quotidien cite le directeur d'IDELUX : "Ikea, c'est une aubaine. Il serait dommage de se passer des flux considérables qu'il va générer"

L'expertise faite à la demande des plaignants luxembourgeois a clairement fait ressortir qu'une bonne moitié de la clientèle IKEA (1,3 millions par an) empruntera le réseau routier luxembourgeois pour rejoindre Sterpenich et pour rentrer chez elle. Chaque cinquième de ces conducteurs résidant au Luxembourg choisira le CR110 Bascharage-Clemency-Grass pour se rendre à Sterpenich. Cela signifie que l'accroissement du trafic sur le territoire de la commune de Clemency p.ex. pourra atteindre 110% et dans les heures de pointe même bien davantage! De nombreux visiteurs d'IKEA n'emprunteront en effet pas l'autoroute, mais ils traverseront les localités du Sud du Grand-duché en direction de Sterpenich. Avec l'implantation projetée d'un gigantesque centre commercial à côté d'IKEA le chaos automobile dans les petits villages luxembourgeois des environs deviendra total.

Le Mouvement Ecologique et la "Lokalinitiativ Kéinzeg" doivent constater que - malgré leur demande explicite, ni le Ministère de l'Intérieur (responsable de l'aménagement du territoire), ni le Ministère de

l'Environnement n'ont jusqu'à présent jugé nécessaire d'appuyer sous une forme ou une autre leur recours devant le Conseil d'Etat belge:

- le concept théorique de l'étude IVL est radicalement ridiculisé par la réalité des projets à Sterpenich, entraînant d'une part une mise en cause de la zone verte interurbaine, et engendrant d'autre part des flux de circulation très importants du côté luxembourgeois ;
- ce seront les villages ruraux luxembourgeois qui subiront l'impact du trafic supplémentaire et une diminution de la qualité de vie subséquente.

Le Mouvement Ecologique et la "Lokalinitiativ Kéinzeg" demandent au conseil de gouvernement de se saisir de toute urgence de ce dossier et:

- d'intervenir dans le cadre de la procédure de recours devant le Conseil d'Etat belge ;
- d'entamer sans plus tarder des pourparlers au niveau politique avec les responsables belges pour arriver à un moratoire des projets en cours en attendant un concept d'aménagement du territoire transfrontalier.

Que valent les propos ambitieux sur l'Europe, si deux pays de la " Grande Région " n'arrivent même pas à communiquer et à s'entendre sur l'aménagement d'un territoire de quelques km<sup>2</sup> de part et d'autre de leur frontière commune ? Mouvement Ecologique asbl Lokalinitiativ Kéinzeg

## Mouvement Ecologique asbl.

Ekologeschen Zenter Pafendall  
6, rue Vauban  
L - 2663 Luxembourg  
Tel.: 43 90 30-1  
Fax: 43 90 30-43  
e-mail: meco@emweltzenter.lu  
[www.emweltzenter.lu](http://www.emweltzenter.lu)

Einzelmitgliedschaft: 40 Euro – Haushaltsmitgliedschaft : 60 Euro – Für Studenten und Arbeitslose: 20 Euro – Schnuppermitgliedschaft (auf ein Jahr beschränkt): 20 Euro

Kontonummer:  
CCP IBAN LU16 1111 0392 1729 0000,  
BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000

Der Mouvement Ecologique ist eine parteipolitisch neutrale und unabhängige Umweltschutzorganisation mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Durch eine Mitgliedschaft oder die Anwerbung von MitgliederInnen können Sie die kritische, engagierte und unabhängige Arbeit des Mouvement Ecologique und die Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen unterstützen.

